Heute „Moden-Spiegel“ * „Kunst-Spiegel“

Morgen-Ausgabe

Mit „Moden-Spiegel“ und „Kunst-Spiegel“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: **„Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis:** wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. **Auslands-Bezug** durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblа“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. **Anzeigenpreis:** Die 12gespaltene Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 505
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Dienstag, 26. Oktober 1926

Die Pariser Verhandlungen.

Kein Grund zum Pessimismus.

Bevorstehende neue Unterredung Hoesch—Briand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 25. Oktober.

Nach Aeußerungen ausgezeichnet informierter Persönlichkeiten läßt sich die politische Lage, wie sie sich in den letzten Unterredungen des deutschen Botschafters mit Berthelot, Briand, Seydoux und anderen erkennen ließ, ungefähr in folgender Weise darstellen: Die Idee von Thoiry, oder genauer ausgedrückt, der Gedanke einer notwendigen Annäherung Frankreichs und Deutschlands, hat nach den Erklärungen maßgebender französischer Staatsmänner in Frankreich an Boden gewonnen, aber die praktische Durchführung dieser Idee wird im Augenblick durch einige Schwierigkeiten verzögert. **Diese Verzögerung wird nicht von langer Dauer sein,** denn auf beiden Seiten besteht der ernsthafte Wille, weiter zu kommen. Briand ist jetzt nicht in Paris, aber in einigen Tagen, voraussichtlich am Donnerstag, wird Herr v. Hoesch eine neue Unterredung mit dem französischen Außenminister haben, in der eine Grundlage für den weiteren Ausbau der Verständigungspolitik gesucht werden soll. Es ist nicht zu erkennen (und es wird von französischen Diplomaten entschieden bestritten), daß der Ministerpräsident Poincaré Hindernisse zu bereiten versucht. Poincaré interessiert sich für die Politik von Thoiry sehr stark, und es ist bei seiner politischen Auffassung wahrscheinlich, daß er selbst einige innerliche Hemmungen zu überwinden hat, aber er hat, wie mit absoluter Bestimmtheit erklärt wird, bisher in keiner Weise direkt in die Verhandlungen eingegriffen. Es ist auch unrichtig, daß ein Beschluß der Botschafterkonferenz die Politik von Thoiry gestört hätte. Die Havas-Note, die in Deutschland Unruhe veranlaßt hat, war irrig; sie ist auch sofort von dem englischen Pressedienst in dem von dem „Berliner Tageblatt“ wiedergegebenen Telegramm berichtigt worden. Es ist überhaupt kein Beschluß der Botschafterkonferenz gefaßt und keine Note überreicht worden. Die Verhandlungen der Militärkommission mit dem Reichswehrministerium gehen weiter; ein wichtiger Punkt ist erledigt oder doch der Erledigung nahe, über andere wird noch mündlich und schriftlich beraten, ohne daß, wie hier wenigstens behauptet wird, diese Verhandlung zu ernsten Differenzen geführt hat.

Die Schwierigkeiten, die sich ergeben haben, wurden in diesem Blatt vor drei Wochen in dem Artikel „Die Gefahren für Thoiry“ vorausgesagt. Die erste Freude über die Begegnung in Thoiry verleitete zu optimistischen Erwartungen, die sich unmöglich so rasch erfüllen konnten. Wer sich daran erinnert, daß die Politik von Locarno viele Monate brauchte, bis sie reifen konnte, der wird nicht davon überrascht sein, daß ein so gewaltiges Problem, wie die französisch-deutsche Verständigung, nicht in wenigen Wochen die in Deutschland mit Ungeduld erwarteten Ergebnisse haben kann. Wie ein offenbar inspirierter Artikel der „Information“ (in dem das „Berliner Tageblatt“ ausführlich zitiert wird) zwischen den Zeilen erkennen läßt, **scheint die Hemmung hauptsächlich von Polen zu kommen.** Ob bestimmte Bindungen für Frankreich bestehen, ist nicht ganz sicher, obwohl es behauptet wird. Es ist aber sehr möglich, daß Polen retardierend auf die Räumung des besetzten Gebietes zu wirken versucht, um Zeit für seine Konsolidierung zu erlangen. Es soll kürzlich gesagt worden sein, daß sich die Politik von Thoiry schneller weiter entwickeln würde, falls Polen und die Tschechoslowakei sich für diese Politik in Frankreich einsetzen wollten. Diese Aeußerung war nicht offiziell, sie ist aber nicht bestritten worden.

Durch die Formel „do ut des“ wurde die große Idee der Verständigung auf ein rein geschäftliches Prinzip beschränkt, das der wahren Bedeutung dieses Zukunftsproblems nicht entsprach. Die Bemühungen Sauerweins und de Jouvenels im „Matin“, eine breitere Basis für die Politik von Thoiry zu schaffen, sind in Einzelheiten diskutierbar; sie gehen aber auf Erwägungen zurück, die auch in amtlichen Kreisen besprochen werden. Nach sicheren Informationen läßt sich sagen, daß der Optimismus der ersten Wochen allzu groß gewesen ist, daß aber der **Pessimismus,** der sich jetzt in einem Teil der deutschen Presse zu erkennen gibt, **noch weit geringere Berechtigung hat.** Die Politik von Thoiry lebt, und sie wird sich entwickeln, wenn sie nicht durch übertriebene Ankündigungen und durch voreilige Polemik gestört wird.

Keine Regierungsvermittlung im Kohlenstreik.

Erklärung Baldwins im Unterhause.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 25. Oktober.

Das Unterhaus trat heute zum letztenmal vor Beginn der neuen Tagung zusammen, um zum sechsten Male seit Beginn des Kohlenstreikes über die Verlängerung der Notstandsverordnungen zu beraten. Die Abstimmung hierüber wurde auf morgen vertagt. Wie zu erwarten war, brachte die heutige Debatte über die Kohlenlage keinerlei neue Gesichtspunkte. **Weder von seiten** der Arbeiterpartei, noch von seiten der Regierung wurden irgendwelche **neuen konkreten Vorschläge zur Beendigung des Streiks vorgebracht.** Der Arbeiterführer Clynes, der in Abwesenheit des nach Nordafrika gereisten MacDonald sprach, sagte, die Reden der Bergarbeiterführer im Laufe der letzten Woche ließen eine gewisse Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen. Dies bedeute natürlich keineswegs, daß sie bereit seien, vollkommen die Waffen zu strecken. Die Arbeiterpartei sei aber nicht ermächtigt, irgendwelche Vorschläge zu machen. Sie fordere die Regierung auf, einzugreifen, da die Zeit für eine gemeinsame Konferenz beider Parteien mit klarer Tagesordnung gekommen sei. Hierauf ergriff Lloyd George das Wort. Er kritisierte das Verhalten der Regierung während der letzten Woche außerordentlich scharf und forderte dann Baldwin auf, er möge endlich regieren. Hierauf erhob sich Baldwin, um auf die Rede Clyns und insbesondere auf die Angriffe Lloyd Georges zu antworten: Da alle Vorschläge der Regierung seither zurückgewiesen worden seien, sagte er, **so habe die Regierung keinerlei Vorschläge mehr zu machen.** Es sei auch nicht Aufgabe der Regierung, den beiden streitenden Parteien irgendwelche Vorschläge zur Beendigung des Streiks zu machen, da dieser vor allen Dingen eine rein industrielle Angelegenheit sei und als eine solche auch behandelt werden müsse.

Vor Beginn der Kohlendebatte mußten von den Regierungsvertretern eine ganze Reihe von Fragen beantwortet werden, die bewiesen, daß auch ein Teil der Abgeordneten stark durch die durch den Streik verursachte Teuerung beunruhigt ist. So wurde der Bergwerksminister gefragt, ob die Regierung nicht Höchstpreise für Kohlen festsetzen werde, da bereits heute für einen Zentner Kohle 4,40 Mark gezahlt werde. Der Bergwerksminister erwiderte, er glaube, daß angesichts der wahrscheinlich baldigen Beilegung des Streiks eine Kontrolle der Preise sich erübrige.

Unterredung mit Präsident Calles.

Das wirtschaftliche Aufbauprogramm.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

czk. Mexiko-Stadt, 24. Oktober.

Präsident Calles gewährte mir gestern eine sich über etwa drei Stunden erstreckende Unterredung, in der besonders die großen Wirtschaftsprobleme Mexikos berührt wurden. In der Unterredung, bei der auch der deutsche Gewerkschaftsführer Dißmann zugegen war, schilderte der Präsident zunächst die Agrarfrage als die hauptsächlichste, die weitere Entwicklung Mexikos beeinflussende Angelegenheit und legte dann das Aufbauprogramm seiner Regierung im einzelnen dar. Die von den Parteien geforderte Aenderung der Landverteilung würde bedeutungslos sein, wenn nicht gleichzeitig durch Erziehung und Schulung die das Land bebauenden Massen auf ein höheres Niveau gebracht und damit eine Steigerung der Produktion erzielt würde. Bereits seien zahlreiche landwirtschaftliche Institute und 5000 Landschulen am Werke, dieses Ziel zu erreichen, und ebenso seien Kreditkassen für die landbauende Bevölkerung errichtet worden, die sich als segensreich erweisen. Es sei auch geplant, den Rundfunk als Unterrichtsmittel über das ganze Gebiet der Republik hin in den Dienst dieser Aufgabe der Volkserziehung zu stellen. Gegenwärtig seien Arbeiten im Gange, durch welche die Bewässerung von 260 000 Hektar bisher brachliegenden Landes durchgeführt werde; bei diesen Arbeiten sei auch die deutsche Firma Siemens vertragsmäßig beteiligt. Präsident Calles bemerkte alsdann, Mexiko könne das Programm seines Aufstiegs nur mit Unterstützung von allen Seiten durchführen. Er bezeichnete auch eine Einwanderung deutscher Kolonisten als wünschenswert, denen er jede Hilfe der Regierung zusichert. Er schloß, indem er mich bat, dem deutschen Volke seine herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Ein paar Kleinigkeiten.

Von

Dr. Ernst Feder.

Der Reichstag, der in acht Tagen nach viermonatiger Pause wieder zusammentritt, ist vor große und schwierige Aufgaben gestellt. Wieder geht das deutsche Volk mit Millionen von Arbeitslosen in den Winter, und noch ist die Frage nicht geklärt, wie die Differenz zwischen Reichsregierung und Sozialdemokratischer Partei wegen neuer Regelung der Erwerbslosensätze geschlichtet werden kann. Man müht sich um ein Kompromiß, und es wäre dringend zu wünschen, daß man zu einer schnellen Verständigung gelangt. Auch der Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern, der im Grunde mit den wichtigsten Fragen der Wirtschaftspolitik und der allgemeinen Politik im Zusammenhang steht, wird heftige Kämpfe heraufbeschwören. In der inneren Politik schüttet Külz ein ganzes Füllhorn neuer Gesetzentwürfe über den Reichstag aus. In der Außenpolitik werden die Konsequenzen von Genf und Thoiry zu ziehen, wird den Möglichkeiten der großen deutsch-französischen Verständigung behutsam nachzugehen sein. Für alle diese Aufgaben in Wirtschaft und Finanz, im Inneren und im Aeußeren brauchen wir einen arbeitsfähigen Reichstag, eine Regierung, die sich auf eine sichere Mehrheit stützen kann. Luthers Idee, bald mit rechts, bald mit links zu regieren, um dann schließlich doch auf die rechte Seite zu fallen, kann sein Nachfolger schwerlich aufnehmen. Die sichere Mehrheit im jetzigen Reichstag bietet nur die Große Koalition.

Einige Kleinigkeiten werden noch aus dem Wege zu räumen sein, Fragen zweiter Ordnung, die das Parlament lösen muß, ehe es sich den großen Lebensfragen der Nation zuwenden kann. Vor der Sommerpause war dem Reichstag die Erledigung der Fürstenabfindung nicht gelungen. An einem jener Tage, an denen man bis in den späten Abend vergebens verhandelte, fiel in der Wandelhalle das Wort: „Ich wünschte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen.“ Jetzt sind die Preußen gekommen. Und mit dem Hohenzollern-Vergleich, so unerfreulich er in den Einzelheiten bleibt, ist für den Reichstag jedenfalls der hochpolitische Teil der Frage aus der Welt geschafft. Noch nicht geklärt ist der Zustand in Thüringen, dessen deutschnationaler Finanzminister ja zuerst Reichshilfe in Anspruch genommen hat, und wenn sich Thüringen nicht aus eigener Kraft der „Rechtsansprüche“ seiner zahlreichen ehemaligen Monarchen erwehren kann, wird das Reich eingreifen müssen.

Das Reich muß auch einige Lücken ausfüllen, die die preußische Regelung läßt. Seltsamerweise hat man im Hohenzollern-Vergleich dem ehemaligen König das Schloß in Homburg zur Verfügung gestellt. Die preußische Regierung hat sich, wie versichert wird, nichts dabei gedacht. Im Ausland wie im Inland hat man diese Bestimmung aber fast allgemein als eine Art Einladung an den ehemaligen König aufgefaßt, und die Reichsregierung wird diesen Eindruck nur dadurch wegwischen können, daß sie in einer unzweideutigen Erklärung die Rückkehr Wilhelms II. als unerwünscht bezeichnet und erforderlichenfalls die Anwendung des Republikschutzgesetzes ankündigt. Dieses Gesetz läuft jedoch im Juli 1927 ab. Deshalb muß rechtzeitig seine Bestimmung über die Mitglieder der ehemaligen Fürstenhäuser in ein besonderes Gesetz übernommen werden, wie das ein sozialdemokratischer Antrag schon verlangt.

Damit kann man zugleich zwei weitere Maßnahmen verknüpfen. Das Fürstenkompromiß im Reichstag sah ein Recht auf Einziehung des Fürstenvermögens vor, wenn es zu politischen Zwecken gegen die Republik verwendet wird. Im Hohenzollern-Vergleich fehlt noch eine solche Bestimmung. Das wird das Reichsgesetz nachholen müssen. Eine genauere Formulierung als die des sozialdemokratischen Antrags ist erforderlich. Zugleich ist eine Lücke im Wehrgesetz zu schließen. Bisher hielt man es allgemein für ein ungeschriebenes Gesetz, daß die Mitglieder des Hohenzollernhauses und der übrigen früheren Dynastien nicht in die Reichswehr eintreten können. Ist ja auch die Hinzuziehung des Kronprinzensohnes in aller Heimlichkeit erfolgt. Immerhin ist es nach der Erfahrung von Münsingen und auch nach der Einstellung des Gothaer Prinzen notwendig, daß das Wehrgesetz durch eine ganz klare Bestimmung künftig derartige Möglichkeiten ausschließt, wie auch am letzten Sonntag auf dem Parteitag der bayerischen Demokraten verlangt worden ist.

Der Reichstag hat vor einem halben Jahr den Kanzler Luther wegen der Zweiflaggen-Verordnung gestürzt und damit gezeigt, daß ein Kanzler sich nicht halten kann, der irgendwie an Schwarz-Rot-Gold zu rütteln wagt. In der Viermonatspause des Reichstags hat man sich um die sogenannte „Einheitsflagge“ bemüht. Bemüht — ist vielleicht etwas viel gesagt. Man hat allerlei Vorschläge und Projekte gesammelt, und es haben sich über achthundert Entwürfe im Reichsministerium des Innern angehäuft, deren bunte Mannigfaltigkeit den Liebhaber der Heraldik und der Flaggenkunde gewiß erfreut, aber ein praktisches Ergebnis nicht verheißt. Es kann heute schon als feststehend gelten, daß